

deutsche journalistinnen-  
und journalisten-union  
\_presse**information**

**dju.** Deutsche  
Journalistinnen- und  
Journalisten-Union

Vereinte  
Dienstleistungsgewerkschaft

Medien, Kunst und Industrie

Bundesgeschäftsführung:  
**Cornelia Haß**

Hausanschrift: Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Telefon: 0 30 / 6956-0

Telefax: 0 30 / 6956-3657

Durchwahl: -2320

e-mail: [dju-info@verdi.de](mailto:dju-info@verdi.de)

Datum: 6. November 2017

## **dju in ver.di fordert 4,5 Prozent und 200 Euro Mindestanhebung für Tageszeitungsredaktionen: Gute Bedingungen für eine gute Zukunft des Journalismus, auch Online**

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di fordert in der anstehenden Tarifrunde 4,5 Prozent mehr Geld für die rund 13.000 Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten. Diese Forderung gelte auch für die Freien und Pauschalisten, die unter den so genannten 12a-Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Freie fallen, dessen Geltungsbereich um die Bundesländer Hessen und Mecklenburg-Vorpommern erweitert werden soll. Außerdem erwartet die Gewerkschaft eine Zukunfts-Komponente in Form einer Mindestanhebung von 200 Euro für Volontärinnen und Volontäre sowie Berufseinsteiger.

An ihre Forderung knüpft die dju die Erwartung an den Bundesverband der Zeitungsverleger (BDZV), dass zügig eine akzeptable Einigung erzielt wird: „Wir brauchen unbedingt zeitnah eine überproportionale Tariferhöhung für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen. Die Arbeit in den Zeitungsredaktionen ist inzwischen so schlecht bezahlt, dass sie für Studienabgänger unattraktiv geworden ist. Deshalb wird es zusehends schwieriger, qualifizierten Nachwuchs zu finden. Die Verlage handeln also in ihrem eigenen Interesse, wenn die diese Fehlentwicklung gemeinsam mit uns korrigieren und die Arbeit der Jungen aufwerten“, erklärte der Verhandlungsführer der dju in ver.di, Matthias von Fintel.

Die dju in ver.di fordert darüber hinaus, die schon vor Jahren vereinbarte Einbindung der Onliner in den Tarif endlich flächendeckend in den Verlagen nachzuvollziehen: „Es ist unredlich, wenn Verlage vom Zwang einer Transformation ihres Geschäftes reden, aber die Konditionen der digitalen Arbeit nicht zukunftsfähig gestalten. Auch hier gibt es Nachholbedarf“, forderte von Fintel.



Medien, Kunst und  
Industrie

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

